

David gegen Goliath

Binningen. Gemeinderat hat Mobilfunkmoratorium verlängert

Hannes Hänggi

Mit einer ungewöhnlichen Massnahme wehrt sich Binningen gegen neue Natelantennen: Als einzige Gemeinde im Kanton hat Binningen ein Mobilfunkmoratorium verhängt > und dieses verlängert.

Bereits seit zwei Jahren widersetzt sich Binningen den Mobilfunkgiganten und verbietet ihnen auf gemeindeeigenem Land und öffentlichen Gebäuden den Bau von Antennen. Weil das Moratorium aber Ende Jahr ausläuft, hat sich der Gemeinderat nun entschlossen, das Verbot um weitere zwei Jahre > bis Ende 2008 > zu verlängern. Zudem legt die Gemeinde gegen Antennen auf privaten Grundstücken Einsprache ein.

«Mit dem Moratorium wollen wir ein Zeichen setzen», sagt der Binninger Gemeindepräsident Charles Simon. Wie die zuständige Gemeinderätin Agathe Schuler ergänzt, sei das Moratorium für die Gemeinde eine gute Sache. «Die Firmen fragen uns schon gar nicht mehr an, wenn sie eine Antenne bauen möchten», sagt Schuler.

Dass das Moratorium nun verlängert wird, begründet Schuler damit, dass sich der Kanton bei Planung und Bau von Natelantennen zu wenig einschalte. Als Binningen 2004 beschlossen hat, ein Moratorium zu verhängen, habe man damit die Zeit überbrücken wollen, bis eine kantonale Regelung zur Bewilligung der Antennen geschaffen worden sei, sagt Schuler. «Leider ist in den letzten zwei Jahren nichts passiert.» Die Mobilfunkunternehmen können ihre Antennen also immer noch dort bauen, wo sie wollen > ohne kantonale Koordination.

Gemeinden für sich. Dass der Kanton den Bau der Antennen nicht zentral koordiniert, kritisiert auch Charles Simon: «Bei der Planung von Antennen soll der Kanton auftreten und nicht jede Gemeinde einzeln für sich.»

Gaston Theis, der stellvertretende Leiter des Lufthygieneamts beider Basel, hat Verständnis für das Moratorium Binningens: «Ein solches Moratorium ist die einzige solide Massnahme, die eine Gemeinde ergreifen kann.» Trotzdem sei Binningen die einzige Gemeinde im Kanton, die zu diesem Mittel gegriffen habe. «Nur Basel und Riehen verbieten den Mobilfunkanbietern ebenfalls den Bau von Antennen auf öffentlichen Gebäuden.»

Das Binninger Moratorium kann den Bau von Natelantennen in der Gemeinde aber nicht generell verbieten, denn es gilt nur auf öffentlichen Anlagen, Gebäuden und Parzellen. Theis sieht hierin auch ein Problem des Moratoriums: Damit bestehe die Möglichkeit, dass die Mobilfunkanbieter vermehrt auf private Gebäude ausweichen, sagt er. «Das ist ein zweiseitiges Schwert.»

Um zu verhindern, dass nun die Mobilfunkantennen auf privaten Grundstücken und Gebäuden in die Höhe spriessen, erhebt die Gemeinde «wenn immer möglich» (Schuler) Einsprache. So wird im Dezember vor dem Kantonsgericht in Liestal verhandelt, ob eine Antenne auf einer Liegenschaft an der Bottmingerstrasse gebaut werden darf.

Strahlen kein Argument. Agathe Schuler schätzt die Chance aber als klein ein, dass die Beschwerde der Gemeinde durchkommen wird. Denn die kantonale Baurekurskommission habe die Beschwerde bereits abgewiesen. «Aber das ist das Einzige, was eine Gemeinde gegen die Antennen unternehmen kann», sagt Schuler.

Dass Beschwerden gegen den Neubau von Antennen oft abgelehnt werden, liegt häufig an der Begründung. «Mit einem «unbekanntem Gesundheitsrisiko» zu argumentieren, besteht vor Gericht nicht», sagt Gaston Theis. Denn dass von den Strahlen eine Gesundheitsgefährdung ausgehen könnte, sei wissenschaftlich nicht zweifelsfrei bewiesen. Beschwerden gegen Antennen seien gewöhnlich nur dann erfolgreich, wenn die geplanten Antennen gegen Zonenvorschriften verstössen.

Motion hängig. Deshalb hofft Binningen auf Unterstützung aus Liestal. Denn bei der Regierung ist seit mehr als zwei Jahren eine Motion der SP-Landrätin Regula Meschberger hängig. Darin verlangt Meschberger eine kantonale Regelung bei der Festlegung der Standorte für Mobilfunkanlagen. «Aber solange das Bundesgesetz über die Raumplanung keine Planungspflicht vorsieht, ist der Vorstoss kaum umsetzbar», dämpft Gaston Theis die Erwartungen.

Antennen. Seit dem Moratorium dürfen auch auf dem Mühlematt-Schulhaus keine Antennen mehr gebaut werden. Foto Henry Muchenberger